

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

27. September – 03. Oktober 2025

Ein russischer Öltanker wurde am 28. September vor der französischen Atlantikküste bei Saint-Nazaire von der französischen Marine gestoppt. Das Schiff steht im Verdacht, Teil der sogenannten „Schattenflotte“ Russlands zu sein. Die französischen Behörden griffen ein, nachdem Zweifel daran bestanden, unter welcher Flagge das Schiff fährt. Gestützt auf Artikel 110 des Seerechtsübereinkommens entsandte die französische Marine ein Team an Bord, um Kontrollen durchzuführen. In der Folge leitete die Staatsanwaltschaft in Brest eine Untersuchung wegen „fehlendem Nachweis der Staatszugehörigkeit“ und „Befehlsverweigerung“ ein. Zwei Besatzungsmitglieder wurden daraufhin am 1. Oktober festgenommen. Frankreich reagiert damit auf zunehmende illegale Aktivitäten in europäischen Gewässern. Präsident Emmanuel Macron lobte das entschlossene Vorgehen der Marine und forderte, Europa müsse aus diesem Vorfall Konsequenzen ziehen. Er sprach sich für schärfere Kontrollen und ein konsequenteres Vorgehen gegen die Umgehung von Sanktionen aus. Ein möglicher Zusammenhang mit mutmaßlichen Drohnenüberflügen in Dänemark wird derzeit geprüft, konnte bisher jedoch nicht bestätigt werden. Die Ermittlungen dauern an.

Am 3. Oktober erklärte der französische Premierminister Sébastien Lecornu, dass er beim Haushaltsgesetz 2026 auf den Einsatz von Artikel 49.3 verzichten werde, um eine parlamentarische Debatte zu ermöglichen. Er sprach sich für eine „neue Methode“ aus, bei der mehr Macht an Nationalversammlung und Senat übertragen werde und appellierte an alle politischen Kräfte, Kompromisse zu schließen, um das Land voranzubringen. Lecornu warnte jedoch, dass der Verzicht auf Artikel 49.3 nicht dazu führen dürfe, dass Frankreich ohne Haushaltsgesetz zum Jahresende dastehe. Die Regierung müsse ebenfalls ihre Arbeitsweise ändern und in den kommenden Tagen eine Liste von Ministern vorstellen, die diese neue Machtteilung mittragen sollen. Die Ankündigung erfolgte vor einer abschließenden Runde von Gesprächen zwischen dem Premierminister und politischen Parteien wie dem *Rassemblement National*, den Grünen, der Kommunistischen Partei und den Sozialisten. Deren Fraktionsvorsitzender Boris Vallaud äußerte sich skeptisch zu den Ankündigungen. Er betonte, dass die Regierung andere Mittel habe, um das Parlament zu „kontrollieren“, und kritisierte, dass Lecornu zwar Kompromisse fordere, aber selbst keine konkreten Vorschläge unterbreite.

Am 1. Oktober 2025 ist der *Rassemblement National (RN)* wieder in das Präsidium der französischen Nationalversammlung eingezogen. Mit Unterstützung eines Teils des „bloc central“ konnten Sébastien Chenu und Hélène Laporte zwei der sechs Vizepräsidentenposten zurückerobern, die sie bereits zwischen 2022 und 2024 innehatten. Neben ihnen wurden auch zwei Abgeordnete der linkspopulistischen *La France Insoumise*, Clémence Guetté und Nadège Abomangoli, sowie Christophe Blanchet (*MoDem*) und Marie-Agnès Poussier-Winsback (*Horizons*) gewählt. Die Wahl führte zu scharfer Kritik von linker Seite, die den Zentrumsparteien vorwarf, mit ihrer Unterstützung den „republikanischen Schutzwall“ gegen die extreme Rechte durchbrochen zu haben. Zudem wurden im Zuge der neuen Sitzungsperiode die drei Quästoren, die für die Finanzkontrolle der Nationalversammlung verantwortlich sind, bestätigt: Christine Pirès Beaune (Sozialisten), Brigitte Klinkert (*Renaissance*) und Michèle Tabarot (*Les Républicains*).

Am Donnerstag, dem 2. Oktober, kam es in ganz Frankreich zu Streiks und Demonstrationen, die von einem Bündnis mehrerer Gewerkschaften organisiert wurden. Ziel der Proteste war es, gegen die Haushaltspläne des neuen Premierministers Sébastien Lecornu zu mobilisieren und mehr „soziale und steuerliche Gerechtigkeit“ einzufordern. Die Beteiligung blieb deutlich hinter der früherer Aktionstage zurück: Laut Innenministerium gingen landesweit rund 195.000 Menschen auf die Straße, während die Gewerkschaft CGT von 600.000 Teilnehmenden sprach. Zum Vergleich: Am 18. September hatten die Behörden noch etwa 500.000 Demonstrierende gezählt, die Gewerkschaften sogar rund eine Million. Die Kundgebungen verliefen größtenteils friedlich. Lediglich in der Pariser Region kam es zu vier Festnahmen. Trotz des rückläufigen Zuspruchs kündigten die Gewerkschaften an, den Druck auf die Regierung aufrechterhalten zu wollen. Einen neuen Termin für weitere Mobilisierungen gibt es bislang jedoch nicht.

Am 1. Oktober trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Kopenhagen, um die Verteidigungsfähigkeit Europas gegenüber Russland zu stärken. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron betonte zum Auftakt des Gipfels, Europa dürfe keine Schwäche zeigen: „Wir befinden uns in einer Konfrontation mit Russland.“ Mit Blick auf mögliche Verletzungen des europäischen Luftraums durch russische Flugzeuge erklärte er in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dass „nichts ausgeschlossen“ sei, was mögliche Gegenmaßnahmen angeht – im Sinne einer Strategie der „strategischen Mehrdeutigkeit“.

Der französische Energiekonzern *Engie* hat am 1. Oktober ein neues Stromtarifmodell vorgestellt, das den Verbrauch stärker an die schwankende Einspeisung aus erneuerbaren Energien anpassen soll. Kundinnen und Kunden können dabei täglich ein zweistündiges Zeitfenster zwischen 13 und 17 Uhr wählen, in dem der Stromverbrauch kostenlos ist – zumindest vor Steuern. Nach Steuern kostet die Kilowattstunde in diesen sogenannten „grünen Happy Hours“ rund 3,6 Cent. Zum Vergleich: Der reguläre Tarif liegt bei 24,48 Cent pro Kilowattstunde, während nachts zwischen 0 und 6 Uhr ein ermäßigter Preis von 19,01 Cent gilt. Das Angebot ist auf 100.000 Verträge begrenzt, läuft ein Jahr und richtet sich ausschließlich an Verbraucher in Frankreich. Hintergrund ist die zunehmende Volatilität von Solar- und Windstrom, die immer häufiger zu Überkapazitäten führt. Besonders betroffen ist die Rentabilität von Atomkraftwerken, die schlecht auf kurzfristige Nachfrageschwankungen reagieren können. Vor diesem Hintergrund werden politische Stimmen lauter, die einen langsameren Ausbau der erneuerbaren Energien fordern, um die Stabilität des Energiesystems und bestehender Infrastrukturen zu sichern.

Der chinesische Ultra-Fast-Fashion-Konzern Shein eröffnet erstmals Verkaufsstellen in Frankreich. Den Anfang macht im November eine Boutique im BHV Marais in Paris. Bis Ende Dezember sollen weitere Filialen in den Galeries Lafayette in Städten wie Dijon, Grenoble, Reims, Limoges und Angers folgen. Weltweit handelt es sich dabei um die ersten dauerhaften Standorte des bislang nur online und durch Pop-up-Stores präsenten Unternehmens. Die Ankündigung stieß sofort auf heftige Kritik. Shein wird vorgeworfen, soziale und ökologische Standards zu missachten, auf Billigproduktion und Überkonsum zu setzen sowie europäische Regeln zu unterlaufen. Darüber hinaus sehen viele in dem Konzern eine Bedrohung für lokale Einzelhändler. Der Abgeordnete Antoine Vermorel-Marques (*Les Républicains*) sprach von einem „Wolf im Schafstall“ und verwies auf ein Gesetzesvorhaben gegen Ultra-Fast-Fashion, das derzeit im parlamentarischen Verfahren diskutiert wird.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der frühere Premierminister **Michel Barnier** (*Les Républicains*) hat die Nachwahl zur Nationalversammlung im zweiten Pariser Wahlkreis gewonnen. Mit über 62 % der Stimmen setzte er sich in der Stichwahl gegen die Frédérique Bredin (PS) durch. Die Neuwahl war nötig geworden, nachdem das Mandat des bisherigen Abgeordneten Jean Laussucq (*Renaissance*) wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung annulliert worden war. Für Aufsehen sorgte im Vorfeld insbesondere die Entscheidung von Rachida Dati, Bürgermeisterin des 7. Arrondissements von Paris und derzeitige Kulturministerin, nicht selbst zu kandidieren. Sie verzichtete Ende August auf eine Bewerbung zugunsten Barniers – im Rahmen eines parteiinternen Kompromisses, der ihr im Gegenzug die offizielle Unterstützung von *Les Républicains* für ihre erwartete Kandidatur bei den Pariser Kommunalwahlen 2026 sichern soll.

DIE ZAHL DER WOCHE

16,5 Milliarden Euro

3	8	4	7
0		6	5
5	2	3	1
7	4	9	2
9	8	2	0
			1

Frankreich bleibt 2024 mit **16,5 Milliarden Euro Exportumsatz** Spitzenreiter im internationalen Handel mit Wein und Spirituosen, deutlich vor Italien (5,5 Mrd. Euro). Dennoch sind die französischen Ausfuhren in diesem Bereich nach drei Wachstumsjahren nun das zweite Jahr in Folge rückläufig. Die Handelsbilanz bleibt mit 14,3 Mrd. Euro Überschuss jedoch sehr positiv. Die Studie des französischen Zolls und des INSEE zeigt, dass sich die Exporte stark auf wenige Abnehmer konzentrieren, vor allem die USA, China und das Vereinigte Königreich. Besonders die USA sind der wichtigste Markt für alle Produktkategorien, China nimmt eine Schlüsselrolle beim Cognac ein. Damit bleibt Frankreich stark von Drittmärkten außerhalb der EU abhängig.